Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 9

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Traumtaucher mit Kopflast

Kunsthaus Zürich: Salvador Dalí

Alle kennen Salvador Dalí — und sei es auch nur als schnauzzwirbelnder Exzentriker mit rollenden dunklen Augen. Dass das Werk gelegentlich hinter der Person zurückblieb, daran ist kein anderer als Dalí selbst schuld. Sein Leben ist eine Reihe von ver-rückten Selbstinszenierungen, um der Welt — und vielleicht vor allem sich selbst — zu beweisen, dass er der einzigartige, der grosse, der geniale Meister sei.

War er es? Ist er es nach seinem Tod? Jetzt ist eine Retrospektive im Kunsthaus Zürich (vorher in veränderter Auswahl in der Staatsgalerie Stuttgart) zu sehen. Sie war geplant zum 85. Geburtstag des Meisters in diesem Jahr. Aber am 23. Januar 1989 ist Dalí gestorben, jetzt liegt er begraben unter der Kuppel seines luxuriösen *«Teatro-Museo»* in Figueras. Sein Alleinerbe ist der spanische Staat.

Die Ausstellung gibt den bis anhin umfangreichsten Einblick in Dalís Schaffen.

Salvador Dalí war siebenunddreissig Jahre alt, als er seine Autobiographie schrieb: *«Das geheime Leben des Salvador Dalí»* (Übersetzung und Nachwort Ralf Schiebler, Schirmer / Mosel 1984). Das verblüfft, denn üblicherweise blickt man erst im Alter auf sein Leben zurück, von Benvenuto Cellini bis zu Jean Rudolf von Salis. Aber Dalí wollte — so formulierte er es — auf der Höhe seines Daseins *«die eine Hälfte des Lebens liquidieren, um die andere Hälfte befreit von den Ketten der Vergangenheit und an Erfahrung reicher zu leben.»* Selbstbeschreibung also als Psychoanalyse in der Lebensmitte, das entspricht Dalí, der Freud verehrte *«wie ein Christ einen Evangelisten»*.

Dalí untersuchte sein Leben mit der Genauigkeit der Vivisektion. In seiner Selbstbiographie ist er so total enthal-

Salvador Dalí, photographiert von Man Ray 1929. Für Salvador Dalí, Narziss von der Kindheit bis zum Tod, war die Photographie das willkommene Medium, sich selbst zu inszenieren. Er habe im Zusammensein mit Freunden harmlos-fröhlich sein können, tauchte aber eine Kamera auf, habe er sich sogleich in Pose gesetzt, um — so sagte er selbst — «Dalí zu machen». Man Ray hat den jungen Dalí in einer Porträt-Serie aufgenommen, in Anzug und Schlips, Blick in die Kamera. Jahrzehnte später, 1966, schrieb René Magritte nach einem Besuch bei Dalí: «Dalís Augen sind bewegend in ihrer Traurigkeit.» Offenbar hat Dalí den Ausdruck seiner Augen ins Alter mitgenommen.

ten, dass sich die zweite Lebenshälfte wie ein Spiegelbild aus der ersten entwickelte. Das heisst, dass er seine Erinnerungen gerade nicht *«liquidierte»*, sondern sie als lebenslange Prägemuster brauchte.

Getreu dem chronologischen Vorgehen Dalís sei hier ebenfalls zuerst vom Leben die Rede.

Alles anders

1904 kam im spanischen Figueras Salvador Felipe y Jacinto als Sohn des angesehenen Notars Don Salvador Dalí y Cusi zur Welt. Die Freude der Eltern war gewaltig, die Verwöhnung des Bübleins entsprechend masslos. Drei Jahre zuvor war ihnen ein älteres Kind gestorben. Die beiden Brüder sollen sich *«wie ein Ei dem anderen»* geglichen haben. Und beide wurden auf den Namen Salvador getauft. Während aber der früh verstorbene Salvador I von *«beängstigender Frühreife»* war, bezeichnet sich Salvador II — unser Dalí — als *«viel weniger intelligent»*. Er fühlte sich also quasi vom ersten Tag seines Daseins an in Konkurrenz mit einem überragenden Toten.

Diese seltsame Ausgangslage eines Lebens sowie eine immense Empfindsamkeit lösten Reaktionen aus, die für Dalís Leben und Schaffen bestimmend wurden: Er sehnte sich (laut *«Das geheime Leben»)* zurück in den Bauch seiner schönen Mutter, ins Weiche, Formlose, auch dorthin, wo er konkurrenzlos einzigartig gewesen war.

Doch einmal auf dieser Welt, entwikkelte er einen unheimlichen Ehrgeiz, den er nicht ohne Selbstironie so beschreibt: *«Im Alter von sechs Jahren wollte ich Koch werden. Mit sieben wollte ich Napoleon sein. Und mein Ehrgeiz ist seither stetig gewachsen.»*

Was Dalí Ehrgeiz nennt, äusserte sich als Egozentrik und Narzissmus. Eine Folge davon war, dass schon der kleine Salvador *«alles immer anders als die anderen»* machen wollte. Aus diesem Andersmachen entstanden die absurdesten Handlungen, auf die der älterwerdende Dalí erst noch stolz war, er habe sie als *«aussergewöhnliche und phänomenale Seite»* seiner Verhaltensmuster verstanden und sie von da an *«mit Absicht»* getan. Wenn jemand respektvoll sich vor etwas verbeugt habe, so habe er gespuckt.

Und Spucken war noch das Wenigste. Der kleine Salvador kultivierte Aggressionen. Er zerkratzte das Gesicht seines Kindermädchens. Er stiess einen Spielgefährten von der Brücke und genoss nachher, wie blutige Tücher umhergetragen wurden. Der ältere zertrampelte die Geige eines Violinschülers, um *«die Überlegenheit der Malerei gegenüber der Musik zu beweisen»*. Er malte in der Akademie schwarz, wenn weiss gefordert wurde (und wurde schliesslich auch hinausgeworfen). Er riet einem Kollegen, sich umzubringen.

Wer immer Mühe hat mit seinen Sprösslingen, der lese Dalís Jugend- und Kindererinnerungen. Im Vergleich dazu wird er sich über seinen Nachwuchs glücklich fühlen.

Freud sei Dank

Mit dem Herausgreifen der Jugendtaten sei nun aber Salvador Dalí keineswegs auf — um ein Wort von ihm zu brauchen — *«das Trottoir der Anekdote»* verwiesen, wie das oft sein Schicksal war. Seine Selbstbiographie ist nicht eine Aufzählung von Harlekinaden, sondern ein durch und durch poetisches Werk. Die Erlebnisse sind

mit dichterischer Kraft geschildert. In real Erlebtes werden — von Dalí so bezeichnet — *«falsche»* Erinnerungen eingefügt, Erfindungen, die grelle Wahrheiten enthalten. Der Leser lernt einen hochgebildeten, belesenen, unheimlich einsamen Menschen kennen, der aus lauter Angst vor Verletzungen lieber selbst verletzt. Zudem ist das Buch die wohl phantastischste Blüte aus dem Garten von Sigmund Freud. Der siebenunddreissigjährige Dalí deckt Schicht um Schicht seiner Bewusstseinsebenen auf, präpariert seelen-anatomisch die dämonischen und narzisstischen Grundlagen seines Wesens heraus. Bei allem lustvollen Exhibitionsimus hat Dalí damit auch seinen eifrig-willigen Interpreten den ihm zusagenden Schlüssel für sein Werk geliefert. Der grosse Selbstinszenator hat sogar seine Biographie in Szene gesetzt.

So lassen sich — mit dem Dalí-Wort *«Freud sei Dank»* — die Inhalte der Bilder mit Jugenderlebnissen in Zusammenhang bringen. Das wird auch immer wieder gemacht. Deshalb hier nur wenige Beispiele.

In Kapitel zwei, *«Intrauterine Erinnerungen»* der Selbstbiographie, träumt sich Dalí in den Uterus zurück und schreibt: *«Der mechanisch-technische Gegenstand sollte mein schlimmster Feind werden und selbst die Uhren würden weich oder gar nicht sein.»* So gehört zu seiner Bildwelt die *«weiche Uhr»*, legt er doch harte Zeitmesser wie teigige Tücher über Geröll.

Die grauenvolle Kinder-Begegnung mit einem verwesenden, von Würmern zerfressenen Igel geistert durchs ganze Schaffen. Der erwachsene Dalí fragt sich, *«ob sich hinter den drei grossen Wahrheitsbildern, der Scheisse, dem Blut und der Verwesung, nicht gerade*

Salvador Dalí, «Junges Mädchen von hinten», 1925. Öl auf Leinwand, 103 × 73,5 cm. Dalí vor Dalí: während seiner Zeit an der Madrider Kunsthochschule malt Dalí seine Schwester und verarbeitet Einflüsse von Vermeer bis Ingres und Carrà. Die sorgsame akademische Malweise hat er auch später nicht aufgegeben.

das ersehnte ‹Land der Schätze› verbirgt» (aus *«Gesammelte Schriften»*). Gestalten aus fauligen Gliedmassen werden bei Dalí zu heroischen Denkmälern und scheinen in endlosen Wüstengegenden wirklich *«Schätze»* zu behüten.

Schliesslich das Bild der Frau: Es wird von Dalís legendärer Begegnung mit Gala bestimmt, der zartgliedrigen Russin, die damals — im Jahr 1929 — noch die Frau des Dichters Eluard und einmal die Geliebte von Max Ernst war. Gala, die durch ihren Glauben an Dalís Genie für ihn die Erlöserin aus dem drohenden Irresein wurde, Gala, die er zuerst habe töten wollen, dann liebte mit allem Abgründigen und Zarten, Gala, der er das innig Beschwörende

einer Paarbeziehung sagte: *«Vor allem tu mir bitte, bitte nicht weh. Und ich darf dir auch nicht weh tun. Wir dürfen einander nie weh tun!»* Gala war Dalís Muse, seine Kind-Frau, Gattin, Modell, Anregerin, tagelange Vorleserin philosophischer Bücher, seine Beschützerin, Geldverprasserin, Managerin, sie war für ihn sogar treu, wenn sie mit jungen Fischern Liebe machte. Gala ist allgegenwärtig in Dalís Bildern, von der heidnischen Statue bis zur Madonna.

Pakt mit dem Wahn-Sinn

Im Kunsthaus Zürich ist ein fast totaler Dalí zu sehen. Weltberühmte Bilder sind da, so weit sie sich — Dauerklage aller grossen Ausstellungen — transportieren lassen. Im Vergleich zur Ausstellung in Stuttgart wurden einige Werke der späten Jahre zurückgezogen (was man in Zürich nicht bedauert), dafür war die früher leihunwillige Fundación Gala-Salvador-Dalí zu bewegen, den berühmten *«Grand Masturbateur»* von 1929 und andere Werke zu schicken. Nur in Zürich zu sehen ist der wichtige Teil *«Dalí und die Photographie»,* zusammen mit der Schweizerischen Stiftung für die Photographie erarbeitet.

Neben den anerkannten und bekannten Meisterwerken sind auch die selten ausgestellten Anfänge zu sehen, ebenso wie das Experimentieren der Nachkriegsjahre und das Erfinden einer ganzen Kosmologie im Alter. Dazu kommt der Zeichner, Grafiker, Mode- und Schmuckdesigner: Ein Dalí-Universum.

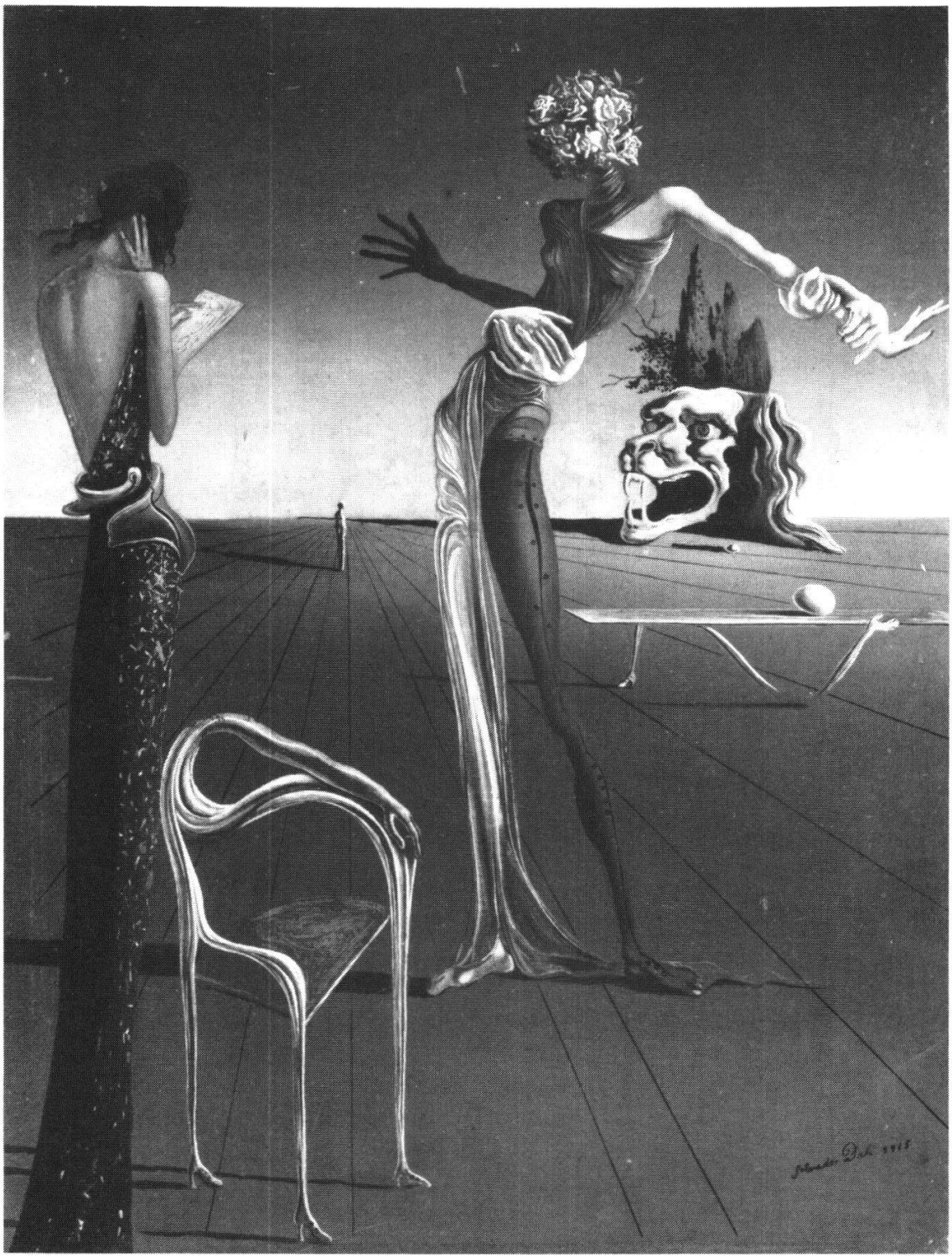
Den Besuchern ist für die anfängliche Besichtigung ein Rat zu geben: Vergesst alles, was ihr über Dalí wisst. Geht hin und schaut, schaut wie zum ersten Mal.

Da entdeckt man zuerst postkartengrosse Landschäftlein von 1915. Der Elfjährige übt den Spätimpressionismus mit erstaunlichem Geschick. Ein Fensterausblick des Sechzehnjährigen auf ein blaues Meer verrät, dass er Matisse kannte und malerisch-farblich begriffen hat. Kaum Zwanzig, beschäftigt sich Dalí ebenso mit den schwingenden Kreissegmenten des Futurismus wie mit der kubistischen Zerlegung einer Mandoline. Das Authentischste ist seine schwungvolle Signatur.

Der Akademieschüler konnte in jede Haut, in jeden Stil schlüpfen. Es folgen Anlehnungen an Purismus, Dadaismus, Pittura Metafísica. Das zeichnerische und technische Können ist so gross, dass alle Möglichkeiten offenstehen.

Die Besucherin, der Besucher setze sich jetzt einmal in Ruhe hin und überlege: Was soll ein junger Maler von derartiger Begabung tun? Er ist um rund zwanzig Jahre jünger als die grossen Erfinder des Jahrhunderts, Picasso, Braque, Gris, de Chirico. Er will aber ein ebensolches oder grösseres Genie sein, fühlt sich — sein Name *«Salvador»* ist ihm Omen — als *«Erretter»* der Malerei. Was also tut er?

Die Bilder nach 1927 geben Antwort. Er sucht keinen neuen Stil, sondern er aktiviert extrem-selbstbezogen seine Psyche als veritable Arbeitshilfe und als Kreativitäts-Droge. Das Gesehene und Erlebte taucht er in die eigenen Tiefen von Lust, Angst, Grauen. Er schaut gierig zu, wie sich Bekanntes zersetzt, auflöst, verwest und monumentalisiert. Wie sich Bildgedanken assoziativ aneinanderreihen, sich gegenseitig verschlingen und gebären, sich mit Exkrementen vermischen, um dann plötzlich in glasklare Transparenz zu steigen.



Salvador Dalí: «Frau mit Rosenhaupt», 1935. Öl auf Holz, 35 × 27 cm. Dalí verwischt die Grenze zwischen Kunst und Design. Die Bekanntschaft mit Modeschöpfern wie Coco Chanel oder Elsa Schiaparelli verlockte ihn zu modischen Entwürfen; die leicht surrealen Damen werden zu Mannequins. Dalí schätzte Eleganz höher ein als Schönheit und er liebte die Mode, von der er fand: «Nichts ist tatsächlich tragischer und eitler als die Mode» (aus «Das geheime Leben»). War er nicht selbst ebenso «tragisch und eitel»? Stuhl und Tisch in unserer Abbildung könnten sich gut als richtige Möbel herstellen lassen.

Völlig aus den Bildern, ohne Interpretation, ist es zu lesen: Mit überscharfem *«Sinn»* erfindet sich Dalí seinen *«Wahn»*. So entsteht jener Wahn-Sinn, den der Maler seine *«paranoisch-kritische Methode»* nannte. Es ist ein genüsslicher und teuflischer Pakt mit der Verrücktheit, ein Pakt, der offensichtlich Dalís Schöpfertum stimulierte. Wie verschlingend und existenz-gefährdend er manchmal wurde: das ist das Geheimnis von Gala und Dalí geblieben.

Innenbilder-Dias

Was Dalí von nun an tat, ist das *«Abmalen»* dieser privaten Wirklichkeiten, die er tatsächlich sah. Ich sage *«abmalen»*, weil Dalí für seine Gesichte eine völlige Genauigkeit anwendete. Als *«altmeisterlich»* hat sie die Kunstgeschichte schon bezeichnet. Aber Dalí gleitet eher in die penetrante Realität von Dias. Er nannte denn auch seine Bilder *«Traumphotographie»*.

Zur Genauigkeit der Darstellung kommt der Theatereffekt. Alle die Figuren und Pflanzen, die versehrten Körper und Gliedmassen, die obszönen Überväter, Gerippe, Giraffen und Schubladenfrauen: Sie sind in kahle, bühnenhafte Szenerien eingefügt.

Etwas Guckkastenhaftes haben auch die Bildformate, sind sie doch oft erstaunlich klein, ohne dass die Monumentalität der Darstellung verlorengeht. Dieser Salvador Dalí, der im Leben den Grössenwahn pachtete, kannte in der Kunst genau sein Mass.

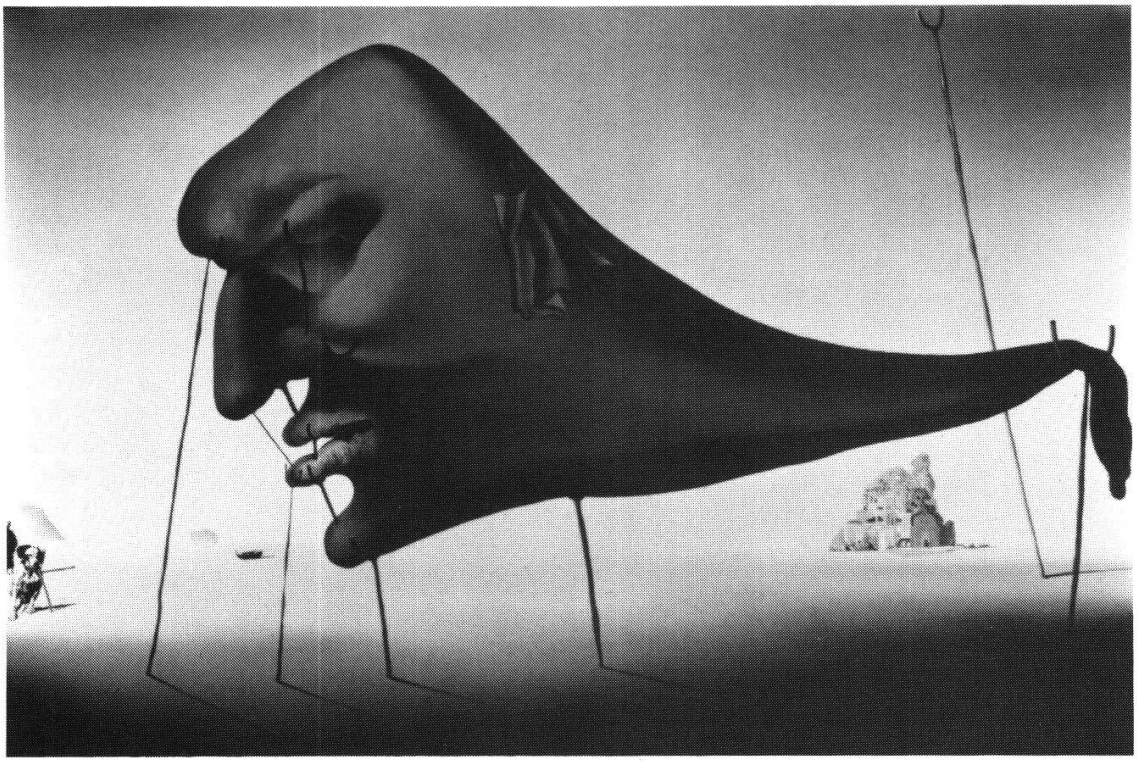
So persönlich Dalís Obsessionen auch sein mögen, er findet in seinen besten Bildern Chiffren für Allgemeingültiges. Dann zwingt er die Beschauer in seinen Bildbühnenraum hinein.

Da wird etwa eine Uhr im immensen Wüstenfeld von geschäftigen Ameisen zerstört, fernab liegt ein riesiger Schlüssel, verloren. Wer kennt nicht jene Ameisen, die uns unbemerkt die Zeit auffressen, während der Schlüssel zum Dauernden sich im Sand verloren hat? Oder *«Der Schlaf»* von 1937: In überklarer Landschaft ein gewaltiger Kopf im Profil, schmerzlich in sich versunken, von viel zu dünnen Stäben in die Luft gehoben. Man hält den Atem an, dass er nicht aus der schwebenden Balance gerät. Bildkräftiger kann man den Zustand von Schlaf, Meditation, Konzentration nicht darstellen. Schlaflose wissen, was gemeint ist. In solchen Bildern stimmt jedes Detail, trägt bei zur gespenstischen Lautlosigkeit der ganzen Stimmung.

Das sind verständliche *«Wirklichkeiten»*. Andere erscheinen unzugänglicher. Dalí hat oft Dinge hineinversponnen, die er in seiner dichterischen Arbeit — er schrieb immer wieder — behandelte. Auch Zeitgeschichte fliesst ein, der spanische Bürgerkrieg, die erste Atombombe. Die Beschäftigung mit Gelehrten der Renaissance wird ebenso verschlüsselt wie der Hang zu Perversionen. Magritte hat Dalí den *«Troubadour des menschlichen Exkrements»* genannt.

Hier nun genügen die eigenen Augen nicht mehr. Für das Verstehen leistet der Katalog ausgezeichnete Lotsen-Dienste. Die meisten Bilder sind von Erklärungen, Hinweisen, Quervergleichen psychologischer und kunstgeschichtlicher Art begleitet (Autorin Karin v. Maur).

Üblicherweise wird Dalí dem Surrealismus zugeordnet. Die breitangelegte Ausstellung zeigt, dass das Etikett *«surreal»* höchstens für die Werke der dreissiger Jahre gilt. Nachher schulte



Salvador Dalí, «Der Schlaf», 1937. Öl auf Leinwand, 52 × 78 cm. Dalí hat seine Gedanken zu diesem Bild stichwortartig notiert: «Idee, dass, um den Schlaf zu ermöglichen, ein Krücken-System für das psychische Gleichgewicht nötig ist — wenn nur eine davon fehlte, würde das Erwachen ausgelöst und vor allem augenblicklich das Boot verschwinden . . .» (zitiert aus dem Katalog). Schlaflose werden genau wissen, was Dalí mit seiner Darstellung meint.

sich Dalí vor allem an Raffael und Vermeer und wollte — wie er 1941 in einem Katalog schrieb — *«klassisch»* werden. Der Surrealistenpapst Breton hat ihn denn auch prompt exkommuniziert. Das hat Dalí kaum gestört. Für ihn mag die Zugehörigkeit der Gruppe der Surrealisten vor allem die Landepiste für die ersehnte Publicity gewesen sein. Und nach Jahren der Not brauchte er plötzlich keine Hilfe mehr. Er hatte seit 1934, nach seiner Reise in die USA, überbordenden Erfolg. (Eine Reise übrigens, die er und Gala nur dank der Finanzierung eines Freundes unternehmen konnten. Jahre später bekannte Dalí, dieser Freund sei Picasso gewesen.)

Was vermutlich die Amerikaner an Dalí faszinierte, war nicht nur das Surreale, sondern ein Manierismus von durch und durch europäischer Prägung. Heute ordnet man denn auch Dalís Werk nach 1940 dem Manierismus zu.

Dalí total

Das Rückgrat der Zürcher Ausstellung bilden die Werke der dreissiger Jahre. Es ist unübersehbar, dass spätere Bilder oft schwächere Wiederholungen sind. Dalí beutete sich selbst aus. Nebenfiguren früherer Werke werden zu Hauptfiguren, die Bühnensituationen werden immer künstlicher: Psycho-Dekoration. Das bekannte Vokabular wird ins Religiös-Mystische hineingenommen. Dann wieder gibt es Altersbilder ohne Süsslichkeit, Bildgedanken

zu Einsichten über kosmologische Zusammenhänge.

In der Grafik hat sich Dalí endlos repetiert. Dass es die Fälscher leicht hatten, ist nicht verwunderlich. Zürich zeigt den Grafiker in der Serie *«Les chants de Maldoror»,* einer seiner besten Arbeiten. Aus zarter Radiernadel entstehen absurde, groteske, obszöne Situationen von unheimlicher Faszination.

Ein eigenes Kabinett erhalten die Zeichnungen, mit den selten gezeigten 128 Blättern zur Autobiographie *«Das geheime Leben».* Sie bieten dem Beschauer den uneingeschränktesten Genuss. Dalí war ein genialer Zeichner, von eleganten Spiralschwüngen über altmeisterliche Darstellungen bis zur sperrigen Geste beherrschte er alles. In karikaturhaften Skizzen blitzt ein sonst seltener Humor auf.

Der Sektor *«Dalí und die Photographie»* zeigt, wie Dalí bis in die letzten Lebensjahre posierte, jenen *«Mythos Dalí»* schuf, den er selbst einmal als sein *«grösstes Kunstwerk»* bezeichnet haben soll.

Das Unternehmen, Dalís Œuvre nicht auf die Meisterwerke zu reduzieren, sondern — wie Ausstellungsmacher Toni Stooss sagt — *«den nichtpurifizierten Dalí»* zu zeigen, ist lobenswert.

Erst in den vielen Abfolgen wird deutlich, wie gross die Experimentierlust Dalís war, wie sie sein Schaffen antrieb. Experimente mit sich selbst und den eigenen Abartigkeiten, Experimente mit der Umgebung, oft grausam und voyeurhaft. Experimente mit dem Film zusammen mit Buñuel, mit der Photographie — bis zu einem in Zürich aufgebauten *«Phototurm»* von Marc Lacroix, der belegt, wie der alte Dalí die Dreidimensionalität in seine Bilder mit Hilfe der Photographie einbringen wollte.

Im *«ganzen Dalí»* erkennt man zudem die — obenerwähnten — Leitmotive, ihre Tragfähigkeit, ihren Verschleiss.

Imponierend ist die Fülle: dieser wehleidige, von Depressionen heimgesuchte Mann muss ein ungeheurer Arbeiter gewesen sein. Was Marcel Lacombe 1933 sagte, darf wohl auch für später gelten: *«Salvador Dalí malt oder schreibt zwölf Stunden pro Tag. Er lässt sich von seinen kostbaren, grandiosen Arbeiten auffressen.»*

Es gehört zur heutigen Ausstellungs-Strategie, dass man einen verstorbenen Künstler mit unserer unmittelbaren Gegenwart verknüpfen will, um die Besucher einzustimmen. Salvador Dalí nun wird für die Postmoderne reklamiert, deren *«Vorläufer»* er sei durch die *«wechselnde Rezeption zeitgenössischer Ausdrucksmittel und ihre bedenkenlose Verknüpfung mit Kitschelementen oder Themen der Historienmalerei»* (Karin v. Maur im Vorwort des an sich guten und informativen Katalogs). Da wird aus der Vielfalt der Postmoderne gerade ihre schwächste Seite angeführt. Wenn man Dalí damit vergleicht, tut man ihm keinen Dienst, sondern reduziert ihn — wie so oft — auf einzelne Posen.

Dalí ist kein blosser Zitierer à la Postmoderne. Er rafft nicht Versatzstücke aus allen Stilen zusammen. Wenn er historische Themen verwendet, taucht er sie in die eigenen Dunkelheiten und Obsessionen und schafft Aberwitziges, Eigenes.

Die Zürcher Ausstellung öffnet erst nach der Drucklegung dieses Textes ihre Tore. In Stuttgart zog sie 250 000

Salvador Dalí, «Herbstlicher Kannibalismus», 1936. Öl auf Leinwand, 65×65,2 cm. In einem grauslichen Gelage verwandelt sich ein Paar sukzessive in Esswaren und frisst sich gegenseitig auf. So hat Dalí den Bürgerkrieg in Spanien vorausgesehen: Als «das Nahen des grossen bewaffneten Kannibalismus unserer Geschichte» (aus «Das geheime Leben»).

Menschen an, Dalí wird auch das Zürcher Kunsthaus bald in die Hitliste der Ausstellungen bringen. Vor einem halben Jahrhundert hat er seine Erfolge in gewohnter Hybris und Respektlosigkeit vorausgesagt (aus *«Meine Bilder im Herbstsalon»* 1927, im jetzigen Katalog abgedruckt): *«Sicher ist, dass die Leute sich von meinen Bildern angezogen fühlen wie die Fliegen vom Fliegenpapier, obwohl sie lachhaft und dumm gefunden haben, wovon sie den Blick doch nicht abwenden konnten.»*

Annemarie Monteil

Salvador Dalí im grossen Ausstellungssaal Kunsthaus Zürich, 18. August bis 22. Oktober. Katalog etwa 560 Seiten, über 200 Farbabbildungen, zahlreiche schwarzweisse, Verlag Hatje, Stuttgart.

Brief aus Bonn

Grüne, Graue, Reps

Vielleicht kann man das Aufkommen neuer Parteien in der Bundesrepublik und die damit verbundene Veränderung der Parteienlandschaft am leichtesten an der jüngsten Parteineugründung verständlich machen. Die «Grauen» sind eine Schöpfung der bisherigen Bundestagsabgeordneten der «Grünen» und Vorsitzenden des Seniorenschutzbundes «Graue Panther», Trude Unruh, die durch ihr unverblümtes Vokabular eine gewisse Bekanntheit erlangt hat. Der neuen Partei ist keine grosse Zukunft vorauszusagen. Denn das verbindende Merkmal ihrer Anhänger ist — quer durch die unterschiedlichen Schichten, Klassen, Bildungsgruppen usw. — das blosse Alter. Die Homogenität der Partei und ihrer potentiellen Wähler ist also denkbar gering. Die Programmatik der Partei kann auf die meisten politischen Fragen der Zeit — eben wegen der unterschiedlichen Gruppeninteressen — keine verbindlichen Antworten geben. Ihre Ziele sind demgemäss vor allem an der Altenpolitik orientiert: Mindestrente, keine Entmündigung, würdiges Sterben. Von den «Grünen» übernommen sind Forderungen wie Umweltschutz, Erhaltung des naturnahen Bauerntums und Kampf gegen die überrationalisierte und -mechanisierte Landwirtschaft. Für eine Partei ist das wenig.

Die «Grauen» stellen aber auch keine «one-issue-group» wie die Bürgerinitiativen der siebziger Jahre dar. Demographen analysieren die Entstehung der neuen Partei gelegentlich als «Klassenkampf zwischen jung und alt», wobei sie auf die Veränderungen der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung abstellen. Der Anteil der über Sechzigjährigen war 1950 13,8 Prozent, stieg bis 1987 auf 20,6 Prozent und soll im Jahr 2040 bei kontinuierlicher Entwicklung 36,8 Prozent betragen. Das Wählerreservoir wächst also. Hinzu kommt, dass das Rentenalter ständig herabgesetzt wird. Der «Ruhestand» wird demgemäss von Jahr zu Jahr länger. Gegenwärtig kann ein aus dem aktiven Arbeitsleben scheidender Pensionär mit 20/30 Jahren arbeitsfreien Jahren rechnen. In dieser Zeit will er nicht untätig bleiben. Die Wirtschaft — Tourismus, Freizeitindustrie, Hobbykultur, Mode usw. — nimmt sich zunehmend der so benannten Senioren an. Nun fordert auch die Politik ihren Anteil ein. Die Neigung der Älteren zu engagiertem Tun im Gemeinwesen wird sich weiter entfalten. Damit ist aber über die Zustimmung der Wähler zu einer Altenpartei noch nichts gesagt, zumal die älteren Menschen zumeist jung bleiben und mit jungen Menschen Umgang haben wollen. Mehr als fraglich ist darum, ob ein konfrontativer Generationenkonflikt der Parteineugründung zugrundeliegt oder dadurch begründet wird. Es besteht in der Bundesrepublik kein Kampf der Generationen, keine Verteilungsschlacht um das Sozialprodukt, durch den Wählermassen aktiviert werden könnten.

Protestpotential

Wenn es dennoch zu der Gründung der neuen Partei gekommen ist — ähn-

lich wie vor Jahren zur kurzlebigen Bürgerpartei des Steuerrebellen Fredersdorf —, so weist das auf zwar nicht tiefgreifende, aber doch spürbare gesellschaftliche Veränderungen hin. Die Bevölkerung der Bundesrepublik erkennt sich in den grossen Volksparteien nicht mehr so vollständig wieder wie noch vor einem Jahrzehnt, empfindet ein Ungenügen an der bisherigen Parteienordnung, sucht nach neuen Gruppen zur Anlehnung und Identifikation. Anders gesagt, es hat sich ein Protestpotential angesammelt, das nach politischem Ausdruck sucht. In den fünfziger Jahren rangen zeitweise mehr als fünfzehn Parteien um die Gunst der Wähler. Die 5-Prozent-Klausel überwanden damals zehn Parteien. In den sechziger und siebziger Jahren schrumpfte ihre Zahl auf drei — Christdemokraten, Sozialdemokraten, Freidemokraten. Das war zugleich die Wirkung und die Ursache der vielbestaunten gesellschaftlichen Stabilität der Bundesrepublik. Diese positive Entwicklung hat bei den Bürgern jedoch eine gewisse Langeweile aufkommen lassen, die zeitweise sogar als Parteiverdrossenheit empfunden wird. Politologen führen diese Entwicklung darauf zurück, dass die Parteien den Staat gewissermassen enteignet haben. Dem Grundgesetz zufolge wirken sie an der politischen Willensbildung *mit,* tatsächlich aber bestimmen sie den politischen Alltag fast allein. Denn auch die Zusammensetzung der Leitungs- und Einflussgremien in den Gewerkschaften, Verbänden, Rundfunkanstalten und sonstigen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen wird unmittelbar oder mittelbar von den Parteien bestimmt oder kontrolliert. Die Folge dieser Alleinherrschaft der Parteien ist, dass viele Bürger sich fragen, ob «die da oben» sich um «Leute wie unsereiner» überhaupt kümmern.

Hinzu kommt noch folgendes: Die drei grossen Parteien mit ihren routinebestimmten, middle-of-the-way-Politiken unterscheiden sich nicht mehr so grundlegend voneinander wie früher. Sie können darum die Bevölkerung nicht emotional binden und zu kämpferischen Auseinandersetzungen motivieren wie in Zeiten scharfer Konflikte. Ihre Zielsetzungen und Forderungen entzünden nicht die Phantasie der Bevölkerung. Sachzwänge bestimmen die Politik, nicht mehr Visionen (wie Adenauers deutsch-französische Versöhnung oder Brandts «mehr Demokratie wagen»). Statt dessen haben Skandale und Affären — Parteispenden, Barschel, Libyenlieferungen — die Glaubwürdigkeit der Politiker und der Politik selbst in einem früher kaum vorstellbaren Mass in Frage gestellt. Vor allem die Jugend entfremdet sich den grossen Parteien. *«Die Volksparteien rennen wie atemlose Hütehunde um eine auseinanderstrebende Herde»,* die unsicher gewordenen Anhänger beisammenzuhalten (FAZ, 26. Juli 1989).

Blosse Kämpfe ohne Gegensätze

Die Bürger empfinden darum einen Grossteil der politischen Auseinandersetzungen als bloss formale Kämpfe um Machterwerb und Machterhalt von Parteien, Parteiflügeln und Amtsträgern. Wird der Parteivorsitzende Helmut Kohl den bei den Funktionären beliebten Generalsekretär Geissler, der für eine liberale Politik steht und für nicht immer industriefreundliche Positionen eintritt, beim Bremer Parteitag wieder nominieren oder wird er mit Rücksicht auf die Rechte, insbesondere

in der CSU, eine ander Lösung suchen? Wer soll der sozialdemokratische Kanzlerkandidat werden? Jochen Vogel, den viele wegen seines Fleisses, seiner Seriosität und seines kämpferischen Willens für den bessern *Kanzler* halten, oder der phantasiereiche, aber unstete Oskar Lafontaine, der als der chancenreichere *Bewerber* gilt? Wirtschaftsführer, Manager usw. halten ihn sogar für den besseren Kanzler. Und ist Graf Lambsdorff mit seiner Parteispendenvergangenheit ein starker oder schwacher Vorsitzender, und was folgt daraus für die FDP? Auf solche Fragen reduziert sich nach der — gleich ob zutreffenden oder unbilligen — Meinung vieler Bürger die heutige Politik.

Viele politische Gegensätze erscheinen ihnen darum als eher künstlich. Normale Meinungsunterschiede werden zu Konflikten aufgebauscht, die ihrer Natur nach keine grundsätzliche Bedeutung haben. In vielen Bereichen herrscht sogar parteienübergreifender Konsens, ob es sich gegenwärtig um die Kurzstreckenraketen und die doppelte Null-Lösung, um die Hilfe an und die Reisen des Kanzlers und des Präsidenten nach Polen, um die zunehmenden Souveränitätsansprüche der Bundesrepublik — wer hat das Sagen am deutschen Himmel? — oder die Rentenreform handelt.

Das alles muss auf dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, dass es den Deutschen heute mehr als gut geht. Der Lebensstandard wächst und wächst. Von wenigen Gruppen abgesehen — benachteiligten Rentnern und glücklosen Arbeitslosen — erfreuen sich die meisten Bürger (und zwar erheblich mehr als die polemisch so bezeichnete Zweidrittel-Gesellschaft) eines Wohlstandes und einer sozialen Sicherheit, von der ihre Väter geträumt haben. Die meisten Menschen können es sich darum heute leisten — anders als in wirtschaftlichen Krisenzeiten, in denen die verängstigten Gemüter auf das Altbewährte (keine Experimente!) zurückgeworfen werden —, die Parteipolitik nicht allzu ernst zu nehmen.

Extremparteien

Es fällt den misszufriedenen Wählern darum leicht, jedenfalls leichter als früher, für Randparteien zu stimmen. Unter Extremparteien sollen nun nicht die Autonomen, Spontis, Hausbesetzer und gewaltbereiten Schläger verstanden werden, die *«kein einheitliches ideologisches Konzept»* haben, *«verschwommen anarchistischen, bisweilen auch nihilistischen Vorstellungen»* folgen und denen gemeinsam *«ein ausgeprägter Hass auf Staat und Gesellschaft»* ist. Dieses «Schweine- und Verbrechersystem» steht — wie im Verfassungsschutzbericht 1988 zu lesen — *«für Arbeitszwang und Ausbeutung und verhindert ein freies, selbstbestimmtes, kollektives Leben».* Autonome fordern Gegenwehr ... mit dem Ziel einer ... «befreiten Gesellschaft» ... *«Die militante Demo gehört ebenso dazu wie Randale in den Einkaufszentren. Ein Teil der Autonomen verübt auch Brandstiftungen und andere aus dem Verborgenen geführte Anschläge»* (S. 70) ... Die vor allem in Ballungsräumen tätigen *«Autonomen waren für die Mehrzahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund verantwortlich.»* (S. 3). Diese — ebenso wie die rechtsextremistischen — Gruppen gehören in den Bereich polizeilichen und gerichtlichen Verbrechensbekämpfung und der

pädagogischen Rehabilitierung, nicht der Politik im Sinn der Gestaltung öffentlicher Verhältnisse.

Als extreme Parteien sollen hier vielmehr diejenigen gelten, die Positionen am linken und rechten Rand bezogen haben, die Grünen und die Republikaner. Ihre Wähler rekrutieren sich grossenteils aus Schichten, die sich existentiell bedroht fühlen — infolge Arbeitslosigkeit, Konkurrenz auf dem Stellenmarkt, ein relatives Zurückfallen des Lebensstandards gegenüber den Aufsteigerschichten. Sie wissen sich in der sich rasch wandelnden High-Tech-Gesellschaft nicht zurechtzufinden, sehen keine Zukunft für und vor sich und flüchten sich darum sei es in verstiegene Utopien und Ideologien oder in Vorstellungen festgefügter, hierarchisierter, gesinnungstüchtiger Ordnungen. Gemeinsam ist den beiden Parteien am rechten und linken Rand die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Das erste Anliegen ihrer Wähler ist, den grossen Volksparteien einen Denkzettel zu verabreichen. Das haben die letzten Wahlen (Berlin, Frankfurt, Europa) gezeigt. Ausserdem lehrt mittlerweile die Erfahrung, dass es sich für Protestwähler lohnt, für Extremparteien zu stimmen. Die «Grünen» haben das Thema Umweltschutz binnen weniger Jahre ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht und dafür gesorgt, dass die Bundes- und Landesregierungen sich energischer für diese langfristigen Aufgaben einsetzen, auch innerhalb der EG und anderer internationaler Organisationen. Die Wirkungen sind spürbar. *«Kohl ist ein Grüner»* formulierte nach dem «grünen» Pariser Gipfel (Juli 1989) eine Londoner Zeitung. Die Republikaner wiederum haben nach ihren jüngsten Erfolgen die regierende Koalition aufgeschreckt und etwa in der Wohnungsbaupolitik zu plötzlicher Aktivität motiviert.

Trotz gewisser funktioneller Gemeinsamkeiten, kann man die beiden Parteien nicht gleichstellen. Die «Grünen» sind in ihren staatsrechtlichen Ideen utopisch und in ihrem ökologischen Anliegen und ihrem multikulturellen Gesellschaftsverständnis fortschrittlich; die «Republikaner» gehören mit ihrem dumpfen Nationalismus und ihrer Ausländerfeindlichkeit *(«wir haben nichts gegen die Türken — in der Türkei»)* zu den rückschrittlichen Kräften der Republik. Die Grünen sind ihrer Haltung vorwärts-, die Republikaner rückwärtsgewandt. Die Grünen leiten sich in ihren Auffassungen aus der 68er Ideologie her, die antibürgerlichen, antikapitalistischen, antiamerikanischen und kulturrevolutionären Wurzeln des alternativ-linken Gegenmilieus der APO-Zeit bestehen fort. Die Republikaner knüpfen an konservativ-völkische, deutschnationale Vorstellungen der zwanziger und dreissiger Jahre an. Die Grünen sind seit 1983 im Bundestag, haben an Landesregierungen mitgewirkt (Hessen mit Umweltminister Joschka Fischer; seit Februar dieses Jahres die SPD-AL-Koalition in Berlin unter Bürgermeister Mompert). Die Republikaner sind bislang in einem Landesparlament.

Die Grünen

Die *Grünen* blicken auf eine lange Geschichte innerer Kämpfe zurück, insbesondere zwischen den «Fundis», die der reinen Lehre anhängen, und den «Realos», die Einfluss durch Anpassung an die gegebenen Verhältnisse erreichen wollen. Der Kampf ist nicht entschieden, obschon bei dem

letzten Bundes-Parteitag in Duisburg (März 1989) die Fortführung des pragmatischen Berliner rot-grünen Experiments auch im Bundesgebiet per Akklamation und ohne Widerspruch beschlossen wurde. Das Schmähwort «Koalitionsbesoffenheit», das den Realos entgegengeschleudert wurde, gehört der Vergangenheit an. Bei dem Nachdenken über Mitregieren in Koalitionen geht es nicht nur um die vielberufene «Staatsknete», sondern um Durchsetzung politischer Ziele, wenn schon nicht aller, so doch einiger. Nach mehrjähriger parlamentarischer Praxis sind auch die grünen Ideologen, jedenfalls einige von ihnen, zu Profis geworden. Diejenigen, die einen grundlegenden «Paradigmawechsel» in Richtung auf eine, wenn auch vielleicht nur taktisch zu verstehende und vorläufige Akzeptierung der Mitgliedschaft in der NATO und die Anbindung an den Westen befürworten, sind freilich nach wie vor in der Minderzahl. Die Realo-Grünen relativieren die Fronten, beispielsweise indem sie erklären: Austritt aus der NATO kann kein Selbstzweck sein, die erwünschten Abrüstungsmassnahmen seien nur mit der NATO möglich (Verena Krüger, eine der drei Vorstandssprecher). *«Der Preis für die Regierungsbeteiligung ist ein Glaubensbekenntnis zu diesem Staat.»* Ob die Realos dieses Glaubensbekenntnis, das eine Anerkennung des Gewaltmonopols des Staates und des Prinzips der Mehrheitsentscheidung einschliesst, gegen ihre fundamentalistischen Rivalen durchsetzen können, steht freilich noch in den Sternen. Im Prinzip sind die Grünen, wenn nicht durch äussere Zwänge anders bestimmt, wohl noch immer gegen den demokratischen Staat. Und wenn Joschka Fischer öffentlich verlangt, dass das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz gestrichen wird, dürfte er in weiten Kreisen, auch der SPD, heftigen Widerspruch hervorrufen.

Die Republikaner

Die «Reps», wie sie nach amerikanischem Vorbild genannt werden, sind die zweite Extrempartei und jungen Datums, sie haben noch keine Bundestagsmandate und gelten in weiten Kreisen des In- und Auslands als Neonazis. Der allmächtige Vorsitzende, der einstige Waffen-SS-Mann Schönhuber selbst, weist nicht nur diese Bezeichnung als bösartige Unterstellung politischer Gegner zurück, sondern will sogar *«ein totales und unbefristetes Aufnahmeverbot»* für Mitglieder rechtsextremistischer Parteien (DVU / «Deutsche Volksunion», NPD / «nationaldemokratische Partei Deutschlands» und FAP / «Freiheitliche Arbeiter Partei») erreichen. Die krausen Zielsetzungen sind offenkundig stark aus dem NS-Gedankenreservoir geprägt. Rassistische Elitevorstellungen, rückschrittlich deutschtümelnder Nationalismus mit Wiedervereinigungsforderungen, Ausländer (Gäste, ohne Rechte) und Asylanten als Sündenböcke für gegenwärtige und künftige Notlagen, simplizistische, ressentimentgeladene Parolen wie «gegen Wirtschaftsbosse, Multis, Schmarotzer und Schickeria», gegen die Coca-Cola- und Wodka-Unkultur, für Europa, aber nicht mit einer Bundesrepublik als Zahlmeister. Die Berufung der Frau sei nicht der Beruf, sondern *«durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit schaffen»,* das kein «Hausmann» darstellen könne. Die Parole lautet: *«Mütter statt Emanzen».* Durch die

Emanzipation frustrierte Männer finden bei den Republikanern Gleichgesinnte. Schönhubers Partei ist das Aufnahmebecken für von Minderwertigkeitskomplexen Heimgesuchte, zu kurz Gekommene. Der Republikaner ist *«der Prototyp desjenigen, der für nichts kann, immer Opfer, nie Täter und in keinem Fall verantwortlich ist»*[1].

Weiten Kreisen bereiten die Republikaner Sorge. Man fürchtet unvorhersehbare Entwicklungen. Die Vergangenheit schreckt. Eine «populistisch-rechtsradikale Partei», als solche werden die «Republikaner» in einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung und auch von dem SPD-Politiker Peter Glotz *(«Welt», 31. Juli 1989)* definiert, weckt böse Erinnerungen. Der Rückgriff auf die Endzwanziger / Anfangdreissiger Jahre ist begreiflich, aber abwegig. Die Verhältnisse sind nicht danach. Wo gibt es in der Bundesrepublik ein Versailles, das Ressentiments und Revanchegelüste weckt? Wo eine Parteienzersplitterung oder Massenarbeitslosigkeit und Massenelend wie in Weimar? Gewiss, wehret den Anfängen. Aber es gilt auch: die Geschichte wiederholt sich nicht. Die Bundesrepublik ist weiterhin ein stabiles Land.

Dass sich die grossen Parteien durch die Erfolge der Extremparteien beunruhigt fühlen, ist natürlich, ist ihre Pflicht und Schuldigkeit. Dabei sind, wie Untersuchungen über Wählerwanderungen ergeben haben, sowohl Union und wie Sozialdemokraten betroffen. Die Gewinne der Republikaner sind keineswegs nur auf der Rechten der CDU / CSU zu suchen, sondern sind — allerdings in sehr viel geringerem Masse — auch zu Lasten der SPD gegangen. Wenn beide Extremparteien so viele Anhänger finden, dass sie von den grossen Parteien als ernsthafte Gefahr angesehen werden, so liegt das daran, dass sie viele Anliegen aufgreifen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen, die die grossen Parteien aber bisher nicht zu artikulieren, geschweige denn praktisch-politisch anzugehen vermochten. Das betrifft sowohl die grossen Probleme wie den Treibhauseffekt oder das Ozonloch als auch das nationale Selbstwertgefühl und die Alltagssorgen, die sich für die verunsicherten Bevölkerungsgruppen ergeben, die sich von den modernen Technologien und Arbeitsvollzügen überfordert und an den Rand der Gesellschaft gestossen fühlen.

Sollten die «Republikaner» — was wahrscheinlich ist — bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990 in den Bundestag gewählt werden, so würde die Koalitionsbildung schwere Probleme schaffen. «Kleine Koalitionen» — CDU / CSU oder SPD mit der FDP — würden die Mehrheitsverhältnisse vielleicht nicht zulassen. SPD und «Grüne» sind darum bereits im Begriff, nach gemeinsamen Handlungsfeldern zu suchen. Die Sozialdemokraten müssen dabei darauf achten, dass demokratische Grundpositionen nicht unterhöhlt werden. Eine «Grosse Koalition» ist unerwünscht, weil sie die Extremparteien stärken würde. Ob sich wiederum Liberale und «Grüne» mit der SPD zu der vieldiskutierten Ampelkoalition (Rot-Gelb-Grün) zusammenraufen können, bleibt abzuwarten. Vorerst halten es Grüne ebenso wie Liberale für ausgeschlossen.

Für die Union stellt sich darum die taktische Frage, wie sie am besten mit den in den Bundestag drängenden «Reps» verfahren soll. Soll die Devise Ausgrenzen heissen — Öffnung der CDU zur Mitte hin, was jede politische Zusammenarbeit mit den Reps aus-

schliesst, sogar in den Kommunen, oder Einbindung durch Öffnung nach rechts zum Nationalen und Konservativen hin, um die am rechten Rand verlorenen Wähler wieder zurückzugewinnen? Ausgrenzen würde der Union schwere Opfer abverlangen, wenn sie etwa hier auf ein Bürgermeisteramt, da auf einen Gemeinderats-Vorsitz verzichten müsste, weil er ohne republikanische Unterstützung nicht zu haben ist. Einbinden wiederum würde die Union gefährlich rechtslastig werden lassen, etwa bei nicht vertretbaren Kompromissen in der Ausländer- oder Asylpolitik. Neben diesen Problemen der politischen Opportunität stellt sich die moralische Frage: wieweit demokratische Parteien den Extremisten entgegenkommen, wieweit sie sich mit ihnen gemein machen dürfen. Diese Probleme werden den früh begonnenen Vorwahlkampf während der nächsten Monate bestimmen und die Beziehungen zwischen den Parteien zuspitzen.

Peter Coulmas

[1] Claus Leggewie, REP — Phantom einer neuen Rechten. Rotbuch Verlag, Berlin 1989.

Unheilige oder heilende Allianz?

Der Regierungswechsel in Griechenland

Die Parlamentswahlen vom 18. Juni 1989 in Griechenland haben den prognostizierten Autoritätsverlust Andreas Papandreous bestätigt[1]. Aus dem Urnengang für die Neubestellung des nationalen Parlaments ging die rechtsoppositionelle Nea Dimokratia als stärkste Partei hervor. Sie verfehlte indessen ihr Ziel, die absolute Mehrheit der Sitze zu erringen. Für die seit 1981 regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) Andreas Papandreous bedeutete das Ergebnis dennoch eine Niederlage.

Die von Kostas Mitsotakis angeführte *Nea Dimokratia,* die sich zur Hauptsache aus Exponenten der traditionellen Rechten zusammensetzt, aber auch nicht wenige zentristische Politiker einschliesst, vermochte im Vergleich mit dem Urnengang von 1985 ihren Stimmenanteil von etwa 41 Prozent auf etwa 44 Prozent zu erhöhen. Mit diesem Stimmenanteil hätte sie nach den bei den Wahlen von 1974, 1977, 1981 und 1985 zur Anwendung gekommenen Wahlsystemen eine bequeme absolute Mehrheit der Sitze im Parlament errungen, denn die betreffenden Gesetze begünstigten die stärkste politische Formation. Das Wahlsystem, das am 18. Juni 1989 galt, beruhte jedoch weitgehend auf dem Proporz und gab auch sonst der Zersplitterung der Kräfte Auftrieb. Deswegen zählt ihre Fraktion im neuen Parlament «lediglich» 145 Mitglieder.

Insofern ging also die Rechnung der Pasok auf, mit dem von ihr verabschiedeten Gesetz die Bildung aus eigener Kraft einer Regierung der Nea Dimokratia zu verhindern. Papandreous

«Bewegung» rutschte mit einem Stimmenanteil von etwa 39 Prozent (1985: etwa 46 Prozent) und 125 Sitzen (1985: 161) auf den zweiten Rang. Papandreou verlor somit die absolute Mehrheit im Parlament. Der Pasok-Führer hatte sich während des Wahlkampfes optimistisch gegeben. Er sagte einen Wahltriumph seiner Partei und die Bildung einer Pasok-Regierung voraus. Das Wahlergebnis bedeutete für die Pasok und insbesondere auch für ihn persönlich eine empfindliche Niederlage. Diese ist in erster Linie auf die Verwicklung der Pasok in zahlreiche Finanzskandale und Korruptionsaffären sowie auf die Liebschaft des 70jährigen Premiers mit der 35jährigen ehemaligen Stewardess Dimitra Liani zurückzuführen.

Erwartungsgemäss ging aus dem Urnengang das Bündnis der Linken und des Fortschritts, eine sich aus «orthodoxen» Kommunisten, Eurokommunisten und anderen Gruppierungen zusammensetzende Allianz, als drittstärkste politische Kraft hervor. Die Linksallianz erreichte indessen ein Ergebnis, das nicht gerade als glänzend bezeichnet werden kann. Mit einem Stimmenanteil von etwa 13 Prozent zog das Linksbündnis allerdings wegen des Wahlsystems mit 28 Abgeordneten ins Parlament ein, während die Kommunisten und die Eurokommunisten mit dem 1985 errungenen, etwas geringeren Stimmenanteil im alten Parlament lediglich 13 Vertreter hatten

Die zahlreichen kleinen Parteien und Gruppen, die sich als Aussenseiter um die Gunst der Wähler bewarben, gingen im Strudel der Polarisierung zwischen der Nea Dimokratia und der Pasok unter. Die Epen-Rechtsextremisten konnten im 300 Mitglieder zählenden Parlament keinen einzigen Sitz erringen. Die Diana-Dissidenten der Nea Dimokratia unter Kostis Stefanopoulos sind im Parlament lediglich durch ihren Führer vertreten. Für Aufsehen sorgte der Sieg eines protürkischen Kandidaten im Wahlbezirk Rodopi (Westthrakien), wo die muslimische Minorität stark vertreten ist. Das neue Parlament setzt sich somit aus 145 Neodemokraten, 125 Pasok-Abgeordneten, 28 Vertretern der Linksallianz, Kostis Stefanopoulos und dem protürkisch-nationalistischen Abgeordneten der muslimischen Minderheit zusammen.

Die dritte Kraft

Der Proporz-Gedanke, auf dem das Wahlgesetz weitgehend beruhte, hätte unter anderen Umständen dem Pluralismus gedient. Wegen der Polarisierung trat aber gerade das nur beschränkt ein, was sich die Befürworter des Verhältniswahlsystems versprachen. Allein das Bündnis der Linken und des Fortschritts profitierte vom neuen Wahlsystem. Der Erfolg der Linksallianz ist an und für sich positiv zu würdigen, denn die Parlamentsfraktion dieser Formation erlangte dadurch eine Grösse, die ihr auf Grund ihrer Anhängerschaft zusteht. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass die Progressisten nur 13 Prozent des Volkes repräsentieren. Ihnen steht die ansehnliche Mehrheit der Griechen gegenüber, die für die Nea Dimokratia und die Pasok gestimmt haben. Weil keine der beiden grossen Parteien über die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament verfügt, stellt das Linksbündnis einen wichtigen Faktor im parlamentarischen Kräftespiel dar. Damit ist aber auch die Gefahr der Arroganz einer Minderheit gegeben.

Nach den Parlamentswahlen machte der Vorsitzende der Nea Dimokratia, Mitsotakis, der Führung der Linksallianz ein Angebot. Er schlug die Bildung einer Übergangsregierung seiner Partei mit einem ganz konkreten Auftrag vor: Bestrafung der Verantwortlichen für die Skandale, Demokratisierung des Staatsapparates und des Informationswesens, Transparenz bei den Aufträgen für Waffengeschäfte des Staates und Zurückstellen umstrittener Fragen (z. B. Militärpräsenz der USA in Griechenland). Mitsotakis erklärte sich sogar bereit, vereinzelte Ministerposten Linkspolitikern anzuvertrauen. Zunächst lehnte der Präsident des Linksbündnisses, Charilaos Florakis, dieses Angebot ab.

Auch Andreas Papandreou warb um die dritte politische Kraft. Der Pasok-Führer sprach von einer demokratischen fortschrittlichen Mehrheit im Parlament, welche ein Comeback der Rechten verhindern könnte. Er meinte damit die 153 Abgeordneten der Pasok und der Linksallianz. Das Bündnis der Linken und des Fortschritts lehnte jedoch ein Zusammengehen mit «dem führenden Kern der Pasok und Papandreou» ab. Eine Zeitlang war die Entwicklung völlig im Fluss. Aufmerksamen Beobachtern war es jedoch klar, dass es mit der Ministerpräsidentschaft Papandreous vorbei war.

Am 2. Juli 1989 endete nach einigem Seilziehen die beinahe achtjährige Ära Papandreou. Das amtierende Kabinett der Pasok wurde durch eine Übergangsregierung der Nea Dimokratia und des Linksbündnisses abgelöst. Hauptziele der neuen Regierung sind die «Katharsis», die Bestrafung der in die Skandale involvierten Pasok-Politiker, und die Demokratisierung des Staatsapparates. An der Spitze des neuen Kabinetts steht der Neodemokrat Tzannis Tzannetakis. Die Übernahme des Postens des Ministerpräsidenten durch Tzannetakis war für die Nea Dimokratia eine Notlösung. Die Führung des Bündnisses der Linken und des Fortschritts hatte ein Kabinett unter der Leitung von Kostas Mitsotakis abgelehnt. Als der geschickt operierende Präsident der Nea Dimokratia am 30. Juni das konziliante Angebot zur Bildung einer von seiner Partei und der Linksallianz getragenen Regierung unter der Leitung Tzannetakis' machte, waren die Würfel gefallen. Das innerlich zerrissene Linksbündnis, das zunächst gezögert hatte, mit den Neodemokraten gemeinsame Sache zu machen, konnte nicht mehr Nein sagen. Hätte es die grosszügige Offerte Mitsotakis', der auf den Posten des Ministerpräsidenten verzichtete, abgelehnt, so hätte es an Glaubwürdigkeit verloren, seine Wähler vor den Kopf gestossen.

Katharsis

Der neue Regierungschef Tzannis Tzannetakis, der vor der überraschenden Offerte Mitsotakis' an die Linke nicht davon geträumt hatte, einmal Ministerpräsident zu werden, gehört zu den bescheidensten und integersten Mitgliedern der Parlamentsfraktion seiner Partei. Er stammt aus der wegen des sprichwörtlichen Freiheitsdranges ihrer Bewohner beinahe legendären Gegend Mani (Peloponnes). Die dortige Bevölkerung gehörte früher zu den traditionellen Stützen des hellenischen Konservativismus. Tzannetakis ist aber ein betont liberal denkender Politiker.

Während der Zeit der Athener Militärdiktatur (1967—1974) leistete Tzannetakis als Marineoffizier den Macht-

habern Widerstand und wurde deshalb verfolgt. Als Leiter des Amtes für Tourismus (EOT) erwarb sich Tzannetakis nach dem Zusammenbruch der Militärjunta Verdienste, insbesondere auch um die Restaurierung der Burgen in seiner engeren Heimat Mani. Tzannetakis, der auch als Aussen- und Tourismusminister amtet, hat keine persönlichen Ambitionen. Er gilt als loyaler Mitarbeiter Mitsotakis'. Was die Aussenpolitik anbelangt, steht ihm der Berufsdiplomat Giorgos Papoulias als Stellvertretender Aussenminister zur Seite.

Die meisten Kabinettsmitglieder sind Neodemokraten. Das für die Katharsis wichtige Justizministerium indessen wurde dem Präsidenten des Athener Anwaltsvereins, Fotis Kouvelis, anvertraut, der dem Linksbündnis (insbesondere der Partei der Eurokommunisten) angehört. Der Linksallianz gehört auch Nikos Konstantopoulos an, dem die schwierige Aufgabe zufällt, den Staatsapparat zu demokratisieren, der in den Monaten und Jahren vor der Wahlniederlage Papandreous unter der Arroganz der Macht der Pasok stark gelitten hatte. Konstantopoulos wird sich auch mit der Vorbereitung von Neuwahlen zu befassen haben, welche, wenn alles programmgemäss verläuft, schon im Oktober 1989 stattfinden sollen, denn das Kabinett Tzannetakis versteht sich als Übergangslösung.

Im übrigen will sich die Linksallianz offenbar nicht zu stark oder jedenfalls nicht zu demonstrativ in der Regierung engagieren. Weder der Präsident des Linksbündnisses, Charilaos Florakis, noch der Sekretär dieses Zusammenschlusses von Linksgruppierungen, Leonidas Kyrkos, sind Kabinettsmitglieder. Die Führung des Linksbündnisses will offenbar den Eindruck aufkommen lassen, eigentlich sei die Regierung Tzannetakis ein Notkabinett, das sie vorübergehend zwecks Bewältigung der beiden Hauptaufgaben (Reinigung des Augiasstalls und Demokratisierung) stütze. Nicht zuletzt mit der Reserve der Linken hängt auch der Umstand zusammen, dass das Kulturministerium, das den Progressisten zufiel, nicht einem notorischen Kommunisten anvertraut wurde, sondern dem Linkszentristen Giorgos Mylonas. Die Zurückhaltung der Linken hängt bis zu einem gewissen Grade mit Meinungsdivergenzen innerhalb der KP Griechenlands (KKE) zusammen.

Über die Vorgänge im Zentralkomitee und überhaupt beim Apparat der KP Griechenlands gibt es zwar keine zuverlässigen Informationen, da die Führung bei aller verbalen Bejahung von Glasnost weitgehend eine Politik der Geheimhaltung verfolgt. Es werden nicht einmal die Namen aller ZK-Mitglieder bekanntgegeben. Nach der Bildung der Regierung Tzannetakis wurde der bisherige KKE-Generalsekretär Charilaos Florakis von Grigoris Farakos abgelöst. Florakis wurde der neue Posten eines Parteipräsidenten anvertraut. Er fungiert weiterhin als Präsident des Linksbündnisses. Die Ablösung Florakis' durch Farakos geht nicht auf politische Gründe zurück. Florakis, der seit 1972 Generalsekretär war, ist 75jährig. Zwischen ihm und seinem Nachfolger Farakos herrscht in der Regel ein gutes Einvernehmen. Mit dem Schulterschluss der KP und der Nea Dimokratia hängt hingegen der vom Zentralkomitee beschlossene Ausschluss von Kostas Kappos aus diesem Gremium zusammen.

Kappos gehört der KKE-Parlamentsfraktion an. Er ist ein ausgesprochener Linksdogmatiker. Vor einiger

Zeit hatte er versucht, die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung in China zu beschönigen. Entgegen der Linie der Partei verweigerte Kappos der Regierung Tzannetakis das Vertrauen. Das war der Grund für seine disziplinarische Bestrafung. Sein Ausschluss aus dem Zentralkomitee ist daher als Symptom für gewisse Erschütterungen zu werten, die das Zusammengehen der «orthodoxen» Kommunisten mit der Nea Dimokratia hervorgerufen hat. Insubordinationstendenzen machen sich insbesondere bei der Jugendorganisation (KNE) bemerkbar. Kappos ist zweifellos nicht der einzige Funktionär, der den gegenwärtigen KKE-Kurs kritisiert.

Begrenzter Auftrag

Fürchterliche Vereinfacher bezeichnen das Zusammengehen der Neodemokraten mit der Linken als «unheilige Allianz». In dieses Horn bläst zur Zeit auch die Pasok. Die These von einer «unheiligen Allianz» wird indessen der Sachlage nicht gerecht. Diejenigen, die so urteilen, übersehen das Klima, das bei einer ansehnlichen Mehrheit des griechischen Volkes (über 60 Prozent der Wählerschaft) herrscht. Die betreffenden Bürger gehen davon aus, dass die Bildung der Regierung Tzannetakis auf einem Kompromiss beruht, welcher jenseits des traditionellen Rechts-Links-Schemas liegt. Sie denken nicht in alten Klischees (hier die «fortschrittlichen» Kräfte, dort die mit der «Wirtschaftsoligarchie» verbündete Rechte), sondern sie haben mit ihrer Stimme die Entfernung der pseudosozialistischen Nomenklatura aus dem Staatsapparat und die Bestrafung der korrupten Pasok-Politiker gefordert. Auf diese Postulate legte Ministerpräsident Tzannetakis am 6. Juli in seiner programmatischen Regierungserklärung vor dem Parlament denn auch das Gewicht. Sein Regierungsprogramm weist vier Schwerpunkte auf: Die Abklärung der Korruptionsaffären, die Befreiung des Staatsapparates von der Herrschaft einer einzigen Partei, die Demokratisierung der vom Staat kontrollierten elektronischen Massenmedien und die Vorbereitung von Neuwahlen.

Das griechische Parlament sprach in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli nach dreitägiger Debatte dem Kabinett Tzannetakis mit 174 gegen 124 Stimmen das Vertrauen aus. An der Abstimmung nahmen 299 der insgesamt 300 Abgeordneten teil. Der ehemalige Ministerpräsident Andreas Papandreou war abwesend. Für die Regierung stimmten alle 145 Abgeordneten der Nea Dimokratia, 27 von den 28 Abgeordneten der Linksallianz, der Diana-Führer Kostis Stefanopoulos und der protürkische Muslim Westthrakiens, Ahmed Sadik. Gegen die Regierung stimmten die 124 anwesenden Mitglieder der Pasok-Parlamentsfraktion. Der bereits erwähnte KKE-Abgeordnete Kostas Kappos rief während der offenen Abstimmung «hier» aus, was einer Stimmenthaltung gleichkommt.

Ein Gesetz aus den siebziger Jahren sieht betreffend die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Ministerpräsidenten, Ministern und Vizeministern ein Sonderverfahren vor. Nach zweitägiger Debatte wird gemäss Parlamentsreglement eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Kommission gebildet, welche die Sache untersucht. Das Plenum des Parlaments kann den Antrag des Ausschusses annehmen oder ablehnen. Erhebt das Plenum eine Strafanklage,

so entscheidet ein Sondergericht, das aus Richtern besteht und an dessen Spitze der Präsident des Areopags, des höchsten griechischen Gerichtes, steht. Auf Grund dieser Gesetzgebung, die eigentlich auf eine Privilegierung der Kabinettsmitglieder hinausläuft (ohne Parlamentsbeschluss ist ein Strafverfahren nicht möglich), sind im neuen Parlament bereits verschiedene Katharsis-Verfahren eingeleitet worden. Unter anderem geht es um den Skandal um den Grossbetrüger Giorgos Koskotas.

Die Stimmung im Parlament wurde angeheizt, als die Nea Dimokratia ihr schriftliches Gesuch einreichte, mit welchem die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Andreas Papandreou und die vier ehemaligen Pasok-Regierungsmitglieder Menios Koutsogiorgas, Giorgos Petsos, Panajotis Roumeliotis und Dimitris Tsovolas beantragt wurde. Den fünf Pasok-Politikern wird Verwicklung in die Koskotas-Affäre vorgeworfen. Der Antrag betreffend Strafverfahren gegen Papandreou stützt sich unter anderem auf den Vorwurf, er habe als Ministerpräsident den von seiner Regierung kontrollierten öffentlichen Unternehmungen die Weisung erteilt, Koskotas' Privatbank (die Bank von Kreta) durch hohe Bankeinlagen zu unterstützen. Im Gesuch der Nea Dimokratia wird auch der dubiose Geschäftsmann Giorgos Louvaris erwähnt, den Papandreou wiederholt als seinen persönlichen Freund bezeichnet hat. Louvaris soll nach eigenen Angaben als «Kassier» Papandreous fungiert und verschiedene persönliche Schulden des Ministerpräsidenten beglichen haben. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juli beschloss das Parlament die Bildung einer Kommission, mit der Aufgabe, eine allfällige strafrechtliche Verantwortung der genannten Pasok-Politiker zu ermitteln. Die Abstimmung war geheim. Mit Spannung erwartete man das Ergebnis im Fall von Papandreou. Es wurden hier bei einer Beteiligung von 296 Abgeordneten 171 Ja- und 121 Nein-Stimmen abgegeben. Da die Pasok-Fraktion 125 Mitglieder zählt, müssen vereinzelte Pasok-Abgeordnete ihrem Präsidenten das erhoffte Nein verweigert haben.

Die Katharsis ist eine delikate Aufgabe. Die Abstimmungsergebnisse im Parlament zeigen, dass die Abgeordneten in den verschiedenen Verfahren zum Teil nach ihrem Gewissen und nicht nach den Parolen ihrer Partei urteilen. Das ist positiv zu werten. Von einem «Revanchismus» kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil letzten Endes ordentliche Richter entscheiden werden. Das Gericht wird die nötige Zeit haben, sich in aller Ruhe ein Bild zu machen und gegebenenfalls auch diesen oder jenen Angeklagten freisprechen. Das Parlament hingegen musste sich der anstehenden Affären rasch annehmen, denn die einschlägige Gesetzgebung sieht (ebenfalls zugunsten der Kabinettsmitglieder) eine verhältnismässig kurze Verjährungsfrist vor, über die sich die Juristen zudem nicht ganz einig sind.

Im Zusammenhang mit der Bildung der Regierung Tzannetakis war in einem Teil der griechischen Presse von einem «historischen Kompromiss» die Rede. Diese Bezeichnung ist cum grano salis aufzunehmen. Eher handelt es sich dabei um eine Notlösung, um eine Allianz, die sich unter Umständen als heilend erweisen könnte. Heilend wäre das Notbündnis der Nea Dimokratia mit der Linken, wenn es gelänge, die

Reinigung des Augiasstalls auf einwandfreie Art und Weise durchzuführen und die nächsten Parlamentswahlen in einem rechtsstaatlich und freiheitlich-demokratisch tadellosen Klima zu veranstalten. Im übrigen darf man sich keinen Illusionen hingeben. Das Kabinett Tzannetakis beruht auf einem unorthodoxen Schema und ist längerfristig auf wichtigen Sektoren aktionsunfähig. Zu ihnen gehört nicht zuletzt die Wirtschaftspolitik, wo die «Philosophien» der Nea Dimokratia und des Linksbündnisses in manchem Punkt auseinanderklaffen.

Pavlos Tzermias

[1] Vgl. Pavlos Tzermias, Götterdämmerung in Hellas, Autoritätsverlust Andreas Papandreous, Schweizer Monatshefte, 69. Jahr, Heft 1, Januar 1989, S. 21 ff.

Weniger Pflichten, mehr Rechte

Zur Diskussion um das Patentrecht

Vor hundert Jahren opponierten grosse Teile der Schweizer Industrie gegen die Einführung des Patentschutzes. Aus ähnlichen Gründen wünschen heute die Entwicklungsländer eine Revision des Patentrechts. Unsere Interessen als Technologielieferanten kollidieren aber mit jenen der Dritten Welt, welche Patente nach Möglichkeit selber ausüben oder zumindest günstig einkaufen möchte.

In den letzten hundert Jahren sind die Pflichten des Patentinhabers reduziert, dessen Rechte ständig ausgebaut worden. Die von interessierten Kreisen vorgeschlagene Teilrevision des schweizerischen Patentgesetzes im Hinblick auf biotechnologische Erfindungen würde die sozialen Pflichten des Patentinhabers weiter schwächen und dessen Rechte gleichzeitig ausbauen. Trotzdem hat der Bundesrat angekündigt, dem Parlament eine entsprechende Vorlage zuzuleiten.

Schweizer Industrie gegen den Patentschutz — damals

«Die Agitation für Einführung des Patentschutzes in der Schweiz ist alten Datums» schrieben elf schweizerische Industrielle in einer den «hohen Bundesbehörden» gewidmeten Eingabe des Jahres 1883. Für diese Schrift gegen die Einführung des Patentwesens in der Schweiz zeichneten so illustre Namen wie Benziger, Bühler, Geigy, Jenny, Rieter, Steiger, Schwarzenbach und Ziegler. Diese Grossindustriellen wünschten *«im Interesse des allgemeinen Wohles unserer Industrien und Gewerbe»,* dass *«der Leidenskelch des Patentschutzes ungenossen an ihnen vorbeigehe».*

Der Textilindustrielle Steiger meinte damals rückblickend: *«Die Entwicklung der schweizerischen Industrie gründet sich auf die Absenz des Erfindungsschutzes. Wäre derselbe vorhanden*

gewesen, so hätten weder die Textilindustrie noch die Maschinenindustrie die Grundlage zu ihrer jetzigen Grösse legen und zur Blüte gelangen können.»

In der Tat waren die Verhältnisse vor hundert Jahren ideal: Die Schweizer Industrie konnte ihre eigenen Erfindungen im Ausland in der Regel zum Patent anmelden, weil dort eine entsprechende Gesetzgebung existierte. In der Schweiz hingegen gab es keinen Erfindungsschutz, so dass die Schweizer Industrie ungehindert ausländische Erfindungen nachahmen konnte. Diese Möglichkeiten wurden reichlich ausgeschöpft. Nicht umsonst ertönte aus Frankreich der Ruf: *«La Suisse, le pays des contre-facteurs»*. Im Deutschen Reichstag wurde die Schweiz wiederholt als «Piratenstaat» und «Raubstaat» bezeichnet, da unter anderem Zürcher Firmen deutschen Abnehmern Teer-Farbstoffe angeboten hatten, die in der Schweiz nach deutschen Verfahren hergestellt und natürlich billiger waren als in Deutschland.

Auf dem Gebiet der Arzneimittel wies selbst die chemische Industrie auf das *«fatale Renommee der Schweiz als Land der minderwertigen Imitationen»* hin. Auch namhafte schweizerische Firmen zögerten damals nicht, nebst dem Originalpräparat gleichzeitig auch das billigere und qualitativ minderwertigere Ersatzpräparat herzustellen. Am schweizerischen Patentkongress vor hundert Jahren sagte der Zentralschweizer Industrielle A. Benziger: *«Unsere Industrie ist nur dadurch zu der jetzigen Entwicklung gelangt, dass sie das Ausland benutzt hat — wenn das Diebstahl sei, so sind alle unsere Industriellen Diebe.»*

Wenn die Entwicklungsländer heute die Technologie als *«gemeinsames Erbe der Menschheit»* ansehen, zu dem auch sie möglichst günstigen Zugang erhalten sollten, dann fordern und praktizieren sie nichts anderes, als was früher für grosse Teile der Schweizer Industrie eine Selbstverständlichkeit war.

Monopol statt Marktwirtschaft

Ein Patent ist ein vom Staat verliehenes Recht zur Alleinverwertung einer Erfindung. Das Patent wird vom Staat gewährt auf Zeit — zum Beispiel für eine Dauer von zwanzig Jahren. Als Monopol ist das Patent in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht unproblematisch. Es setzt juristische Schranken für Produktion und Handel und steht im Gegensatz zur Handels- und Gewerbefreiheit.

Wegen des Monopolcharakters der Patente rekrutierten sich die Patentgegner vor hundert Jahren vor allem aus dem Lager der Freihandelsanhänger. Der Sieg der Patentfreunde war damals ein Sieg der Protektionisten. Auch in diesem Jahrhundert standen liberale Denker wie Walter Eucken und Wilhelm Röpke dem Patent als Monopolrecht sehr kritisch bis ablehnend gegenüber. Es zeugt deshalb nicht von historischer Sachkenntnis, wenn im Namen des Liberalismus und der Marktwirtschaft ein Ausbau des Patentrechts gefordert wird. Der patentkritische Grundgedanke des Liberalismus ist in der aktuellen Diskussion um die entwicklungspolitische und biotechnologische Problematik der Patente völlig verschwunden. Das dürfte nicht zufällig sein: Heute ist die Schweiz in vielen Bereichen Technologie-Exporteur, damals war sie noch überwiegend Technologie-Importeur

gewesen. Dabei wäre eine liberale Sicht der Dinge gerade heute von grösster Bedeutung, und zwar «liberal» auch im Hinblick darauf, Monopolstellungen von einigen wenigen Grossfirmen zu verhindern, statt sie über Patente gar noch zu fördern.

Der Bereich patentfähiger Erfindungen und somit der Bereich rechtlich abgesicherter Monopolstellungen ist im Verlauf der Jahre stetig gewachsen. Entdeckungen hat man im Gegensatz zu den Erfindungen als nicht patentfähig angesehen, weil sie nur Einblick gewähren in bereits vorhandene Schöpfungen der Natur, ohne neue technische Regeln zu vermitteln. Wie eingeschränkt man diese Unterscheidung anfänglich interpretiert hat, zeigte sich 1883. Damals vom Bundesrat beauftragte Experten ordneten die Neuerungen in der Chemie ausdrücklich den Entdeckungen zu — heute geniessen sowohl Verfahren als auch Produkte der Chemie Patentschutz in der Schweiz. Die Abgrenzung von Entdekkungen und Erfindungen enthält offensichtlich ein willkürliches Element. Im Bereich der Bio- und Gentechnologie ist die Grenze zwischen Entdeckungen und patentierbaren Erfindungen von aktuellem Interesse.

Weg vom Tauschgeschäft

Das Patentrecht war stets ein Kompromiss gewesen zwischen den privaten Erfinderinteressen und der Gesamtgesellschaft. Der Grundgedanke des Patents als Tauschgeschäft brachte dieses Kompromisselement wohl am besten zum Ausdruck. Der Erfinder erhält vom Staat das Monopolrecht zugesprochen, muss aber als Gegenleistung seine Erfindung öffentlich so bekanntmachen, dass Fachleute in der Lage sind, die Erfindung ebenfalls auszuführen. Diese Offenbarung soll die Wiederholbarkeit absichern und den technischen Fortschritt stimulieren, indem auf der Grundlage der neuesten Erkenntnisse und Erfindungen weitergeforscht werden konnte. Des weiteren ging man davon aus, dass die Patentierung die Ausbübung der Erfindung ermutigt und so die Industrialisierung fördert.

Die *Offenbarung der Erfindung* als erster Pfeiler der Legitimation des Patentwesens ist in den letzten Jahren allerdings gehörig ins Wanken gekommen. Der deutsche Patent-Professor F.-K. Beier hat festgestellt, dass *«nur noch ein kleiner Teil der Erfindungen, die heute patentiert werden, ‹ausreichend offenbart› sind. Würden wir das Erfordernis der ausreichenden Offenbarung so verstehen, wie es der Gesetzgeber vor hundert Jahren formulierte, so dürften wir vielleicht nur auf 20 oder 30 Prozent der Anmeldungen Patente erteilen — für Haushaltgeräte, Spielzeuge, einfache mechanische Konstruktionen — oder Patentbeschreibungen im Umfang von Hunderten bis Tausenden von Seiten in Kauf nehmen . . .»* Der Informationsgehalt der heutigen Patentschriften eröffnet deshalb längst nicht immer einen verwertbaren Einblick in den technischen Fortschritt, wie das vor hundert Jahren noch die Regel gewesen war.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Teilrevision des Patentgesetzes betreffend biotechnologische Erfindungen führt noch wesentlich weiter weg vom klassischen Grundgedanken des Tauschgeschäfts. Die Vorschläge bedeuten nichts weniger als eine radikale Abkehr von der Offenbarung als einem Pfeiler der Sozialpflichtigkeit des

geistigen Eigentums. Denn wegen der Probleme der Darstellbarkeit biologisch vermehrbarer Materie kann nun nach dem Gesetzesentwurf die Offenbarung durch eine blosse Hinterlegung ersetzt werden. Wenn die bisher unbestrittene Gegenleistung im Tauschgeschäft, die Offenbarung, bei biotechnologischen Erfindungen nicht erbracht werden kann, müsste da nicht der Verzicht auf das Patentprivileg naheliegen und die heutige Rechtslage beibehalten werden?

Auch die zweite Gegenleistung in diesem Tauschgeschäft, die Förderung der Industrialisierung durch die *Ausübung der Erfindung* ist höchst umstritten. Nach UNO-Angaben befinden sich 85 Prozent der Patente in Entwicklungsländern in ausländischem Besitz. Diese Patente sind das Eigentum von verhältnismässig wenigen multinationalen Unternehmen vor allem in den USA, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und der Schweiz.

95 Prozent der Patente werden nicht durch Aufnahme der Produktion oder durch Lizenzvergaben ausgeübt, sondern sind stillgelegt. Denn ein Patent verleiht nicht nur das alleinige Recht zur Verwertung der patentierten Erfindung durch Aufnahme von Eigen- oder Lizenzproduktion, sondern beinhaltet in der Regel auch das Alleinrecht zum Import des Erzeugnisses. So werden die Patente zum Instrument der Marktkontrolle internationaler Unternehmungen und tragen im Urteil der Entwicklungsländer nicht nur wenig zur Industrialisierung bei, sondern verhindern auch noch die Einfuhr billiger Imitationsprodukte.

Das Patent steht deshalb insbesondere in den Entwicklungsländern unter dem dringenden Verdacht, kein Tauschgeschäft, sondern ein staatlich verliehenes Monopol zugunsten ausländischer Firmen zu sein, dem keine substantielle Gegenleistung für die Allgemeinheit gegenübersteht. Das klassische Patentwesen erscheint infolgedessen als eine Institution, die einseitig die Interessen der Industrieländer begünstigt.

Wenn die Entwicklungsländer eine Revision des internationalen Patentrechts fordern und insbesondere eine vermehrte Ausübung der Patente verlangen, so kann das unter diesen Umständen nicht verwundern. Vor hundert Jahren war die Ausübung der Patente noch anders geregelt als heute. Denn im wichtigsten Vertragswerk des internationalen Patentrechts, der Pariser Verbandsübereinkunft (PVUe), bestimmte in der ursprünglichen Fassung von 1883 Artikel 5, dass der Patentnehmer zur Ausbeutung des Patents verpflichtet war. Im Zuge der ersten Revision wurde die Interpretation des Begriffs «Ausbeutung» ausdrücklich der nationalen Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedstaaten überlassen.

An der Revisionskonferenz von 1886 bekämpfte die Schweizer Delegation die von Belgien vorgetragene Absicht, die Herstellung der patentierten Gegenstände in irgendeinem Verbandsstaat genüge. Mit Nachdruck stellte der Bundesrat fest: *«Wir müssen daran festhalten, dass, wer ein Patent in der Schweiz löst, hier auch fabriziert, nicht nur importiert.»* So bedeutsam zur Zeit der Anfänge des Patentrechts die Pflicht zu dessen Ausübung war, so wichtig scheint heute in den Entwicklungsländern dessen Nichtausübung zu sein.

Interessenkonflikte zwischen Nord und Süd

Die Revision der PVUe soll das internationale Patentrecht besser an die Bedürfnisse der Entwicklungsländer anpassen. In den 1975 formulierten Zielsetzungen der Revision heisst es, dass geistiges Eigentum sich in den Dienst von Technologietransfer, Erfindungsförderung und Industrialisierung zu stellen habe. Das sind altbekannte Forderungen, welche bereits der Geburt des Patentwesens Pate gestanden haben. Es ist jedoch kein Zufall, dass sie nun erneut mit Vehemenz vorgebracht werden. Denn die vergangenen hundert Jahre haben einen ständigen Ausbau der Rechtsstellung des Patentinhabers und Technologie-Exporteurs gebracht.

Im Zuge der Entkolonialisierung Afrikas und Asiens sind Staaten entstanden und auch der PVUe beigetreten, welche ausgeprägte Technologie-Importeure sind. Solange die Industrieländer in der PVUe mehr oder weniger unter sich waren, fielen die unterschiedlichen Interessen zwischen Importeuren und Exporteuren nicht so sehr ins Gewicht, war doch die Mehrzahl der Industrieländer, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass, sowohl Importeure als auch Exporteure.

Die Forderungen der Entwicklungsländer im Patentbereich werden von den Vertretern der Industriestaaten und der Wirtschaft meist als «Erosion» der Schutzrechte charakterisiert. Der Sprachgebrauch spiegelt die Interessenlage: Der Schutzrechtsinhaber und Technologie-Exporteur wird die angestrebten Neuerungen als Beeinträchtigung seiner bisherigen Rechtsstellung empfinden, während derselbe Sachverhalt in der Optik des Technologie-Importeurs im Entwicklungsland eine Anpassung an seine Bedürfnisse darstellt.

Das kommt auch in der Position jener Industrieverbände in Entwicklungsländern zum Ausdruck, welche vor allem die einheimische Industrie repräsentieren. Sowohl die lateinamerikanische Vereinigung der pharmazeutischen Industrie (ALIFAR) als auch die indische Arzneimittelhersteller-Vereinigung (IDMA) opponieren gegen einen Ausbau des Patentschutzes oder setzen sich für dessen Abschaffung ein.

Einmal mehr lohnt sich ein Blick in unsere eigene Vergangenheit. Anlässlich der Revision des Patentgesetzes von 1906 forderte Bundesrat Brenner vom Parlament: *«Wir werden gut daran tun, wenn wir bei der Durchberatung dieses Gesetzes immer daran denken, dass wir es so einzurichten haben, dass es den Bedürfnissen unserer eigenen Industrie, den Verhältnissen unseres eigenen Landes angepasst werde, und dass diese Erwägungen in erster Linie für uns massgebend sein müssen bei der Ausgestaltung des Gesetzes und nicht die Wünsche und Ansprüche ausländischer Industrien.»*

Genau nach diesem Leitsatz versuchen die Entwicklungsländer seit über zehn Jahren die Revision der Pariser Verbandsübereinkunft voranzutreiben. Damals wie heute gibt es Interessenkonflikte zwischen den Erwartungen des Technologielieferanten und dem Technologienehmer. Auf der einen Seite ist das Anliegen unserer Industrie durchaus legitim, ihre Technologie zu einem Preis verkaufen zu können, der einen Beitrag an die Forschungs- und Entwicklungskosten miteinschliesst. Auf der anderen Seite kann es nicht Aufgabe der Patentgesetzgebung in

Entwicklungsländern sein, die Refinanzierung der Forschungs- und Entwicklungskosten unserer Industrie zu gewährleisten. Dieser Interessenkonflikt muss offen ausgesprochen werden, statt ihn mit schöngeistigen Überlegungen zur Interessenlage der Entwicklungsländer aus Schweizer Sicht zu verschleiern. Die Anerkennung gegensätzlicher Interessen könnte einen Schritt zu einem gewissen Grundverständnis für die andere Position darstellen.

Unsere eigene Vergangenheit, verbunden mit entwicklungspolitischen Überlegungen, würde der Schweiz nahelegen, auf die Forderung nach einem Ausbau des klassischen Patentschutzes in der Dritten Welt zu verzichten. Mit bilateralen Interventionen und auf der multilateralen Ebene (GATT, WIPO und PVUe) setzt sich die Schweiz für ein starkes Patentrecht auch in der Dritten Welt ein. Die Verständnislosigkeit der Sachverständigen lässt historische Weitsicht vermissen.

Läuft das Fass über?

Die Waagschale zwischen Rechten und Pflichten des Technologie-Inhabers hat sich im Verlaufe der Jahre zugunsten der Rechte geneigt. Das Kompromiss-Gleichgewicht zwischen den Privatinteressen des Patentinhabers und den gesamtgesellschaftlichen Interessen hat sich zugunsten der ersteren verschoben.

Auch hier würde die vorgeschlagene Teilrevision des schweizerischen Patentrechts die bisherigen Ungleichgewichte weiter verschärfen. Denn die Rechte des Patentinhabers sollen insofern ausgebaut werden, als sich das Patent an biologisch vermehrbarer Materie inskünftig auch auf die vermehrbaren, bereits im Verkehr befindlichen Erzeugnisse erstrecken soll. Lizenzgebühren müsste also beispielsweise der Bauer bezahlen, dessen patentiertes Hochleistungsschwein Junge wirft, statt dass er es einfach schlachtet. Patentrechtlich wäre das eine Neuerung von grundsätzlicher Tragweite, ein Meilenstein beim Ausbau der Rechte des Patentinhabers.

Bringt dieser Tropfen das Fass zum Überlaufen? Im letzten Jahrhundert waren in der Schweiz drei Volksabstimmungen nötig — nämlich 1866, 1882 und 1887 — bis sich das Patentrecht durchsetzen konnte. Vorerst handelte es sich zudem um eine höchst lückenhafte Form, verlangte doch die Verfassungsbestimmung von 1887 die Modelldarstellbarkeit der Erfindungen. So konnte die Chemie das Patentrecht vorerst von der eigenen Branche fernhalten. Die Abstimmungs-Kreuzzüge um das Patentrecht vor hundert Jahren könnten sich, wenn eine Revision vorgeschlagen wird, heute wiederholen.

Richard Gerster

Dieser Kommentar nimmt zu einem Thema Stellung, zu dem andere Beiträge vorgesehen sind. Red.